



Klimakonferenz: Für Natur, Klima und Menschen

Gemeinsamer Standpunkt von NAJU und NABU zur Weltklimakonferenz UNFCCC COP 27



Vom 6. bis 18. November 2022 findet im ägyptischen Scharm el-Scheich die 27. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC COP 27) statt. Nachdem im Dezember 2015 bei der COP 21 das historische Pariser Klimaschutzabkommen verabschiedet wurde, steht damit das Rahmenwerk für den internationalen Klimaschutz. In den Jahren 2016 und 2017 wurde mit der ersten Ausgestaltung des Abkommens begonnen und 2018 und 2019 in Kattowitz und Madrid wurde das Regelwerk weitgehend fertiggestellt. Im vergangenen Jahr in Glasgow wurden nach einem Jahr Coronapause endlich die Handelsmechanismen verabschiedet und es wurden Ankündigungen zu Ambitionen und Kohleausstieg gemacht. Es wurde aber auch erstmals im Abschlussdokument die Notwendigkeit intakter und artenreicher Ökosysteme für erfolgreichen Klimaschutz definiert.

NABU und NAJU nehmen als Beobachter an der COP 27 teil und stellen in diesem Standpunkt die wichtigsten Verhandlungsziele zu den Klimaverhandlungen in Scharm el-Scheich vor.

Hintergrund und Kontext

Mit Ägypten als Gastgeber der COP 27 findet die Konferenz dieses Jahr in einer besonderen geo- sozial- und wirtschaftspolitischen Lage statt. Ägypten ist ein Land, in dem grundlegende Menschenrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit regelmäßig missachtet und Menschen für ihr politisches Engagement strafrechtlich verfolgt werden. Bislang hat die ägyptische COP-Präsidentschaft zugesichert, dass Proteste während der COP „in den dafür vorgesehenen Bereichen“ möglich sein werden. Welche Konsequenzen der ägyptischen Bevölkerung bei einer Teilnahme an Demonstrationen, während der COP drohen, ist ungewiss.

Gleichzeitig findet die diesjährige COP mit dem andauernden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und den Spannungen zwischen China und den USA in einem international besonders angespannten Kontext statt. Es ist zu hoffen, dass sich diese Konflikte nicht hinderlich auf die Verhandlungen auswirken werden, sondern die Extremwetterereignisse der letzten Monate und Jahre – wie die Flutkatastrophe in Pakistan,

Kontakt

NABU-Bundesverband

Team Energiepolitik und Klimaschutz

Carla Freund

Sebastian Scholz

Carla.Freund@NABU.de

Sebastian.Scholz@NABU.de

www.twitter.com/NABU_Klima

NAJU-Bundesverband

Jugenddelegierte fürs Klima

Undine Fleischmann

Jan Göldner

Vera Kaunath

Carla Kienel

NAJU4Climate@NAJU.de

www.twitter.com/NAJU_de

www.instagram.com/naturschutzjugend

die extreme Dürre diesen Sommer in Europa und die Wirbelstürme in Mittel- und Nordamerika – den Ländern die akute Bedrohung durch den Klimawandel vor Augen führen und sie zum tatkräftigen Handeln bewegen.

Bei der letzten Klimakonferenz (COP 26) wurden mit dem Glasgower Klimapakt die bis dahin noch fehlenden Umsetzungsregeln für das Pariser Klimaabkommen beschlossen. Nun ist eine konsequente und schnelle Umsetzung der angestrebten Ziele essenziell. Dies umfasst die Realisierung einer globalen sozial und ökologisch verträglichen Energiewende, den umfangreichen Schutz von Wäldern und Ozeanen und die Einhaltung und Verschärfung der nationalen Klimaschutzbeiträge. Die Industriestaaten als historische Verursacher der Klimakrise, genau wie die Schwellenländer, müssen ihren fairen Beitrag leisten und ärmere Länder bei der Bewältigung von Klimawandel bedingten Schäden und Verlusten finanziell unterstützen. Bereits heute leiden die Länder des globalen Südens überproportional unter den Auswirkungen der menschengemachten Klimakrise.

Die Politik ist verpflichtet, die nötigen Rahmenbedingungen zu verabschieden, um die dringende Senkung der Treibhausgasemissionen rasch zu erzielen. Das im deutschen Klimaschutzgesetz festgelegte Reduktionsziel um 65 Prozent bis 2030 (gegenüber dem Stand von 1990) ist nicht ausreichend, um einen global gerechten Beitrag zu leisten, die globale Erderhitzung auf 1,5 °C zu begrenzen. Um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen, muss Deutschland statt wie bisher angestrebt, nicht 2045 sondern deutlich früher klimaneutral werden. Die Umsetzung entsprechender Maßnahmen ist hierfür in allen Sektoren notwendig.

Die Klimakonferenz in Scharm el-Scheich ist auch Vorboten für eine erfolgreiche Vertragsstaatenkonferenz der Konvention zum Erhalt der Biologischen Vielfalt (CBD COP 15), die im Dezember 2022 in Kanada stattfinden wird. Nicht nur erfolgt in Ägypten ein Test des Multilateralismus in der aktuellen geopolitischen Lage. Auch muss von der COP 27 ein starkes Signal ausgehen, dass die Erderhitzung und das Artensterben zwei eng miteinander verwobene Symptome der Natur- und Klimakrise sind. Statt Silodenken müssen Synergien erarbeitet werden. Die COP 27 muss zeigen, dass Klimaschutz nur mit Artenschutz und intakten Ökosystemen funktionieren kann.

NABU/NAJU-Ziele für die COP 27

1. Die Bundesregierung muss darauf hinwirken, dass die EU auf Basis eines wissenschaftlich fundierten Emissionsminderungspfades einen aktualisierten 1,5-Grad-kompatiblen Klimabeitrag (NDC) mit deutlich erhöhten Klimaschutzzieleen einreicht. Zudem muss sie auf die Fortführung des Klimaschutz-Arbeitsprogramms (Mitigation Work Programme) bis 2030 und die beschleunigte Umsetzung der 2030-Klimaschutzziele hinwirken.
2. Im Sinne des Pariser Klimaabkommens muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Artenvielfalt und die Integrität von Ökosystemen ebenso wie die Menschenrechte integral und fundamental bei der Erreichung der Klimaziele sind.
3. Es muss ein starkes politisches Signal von der COP 27 für ehrgeizige Ergebnisse der kommenden Weltnaturkonferenz (CBD COP 15) gesendet werden. Die CBD COP 15 findet unmittelbar nach der COP 27, im Dezember in Kanada (Montreal) statt. Die CBD COP 15 stellt einen Schlüsselmoment im Kampf gegen die Natur- und Klimakrise und für ein wirksames Weltnaturabkommen nach dem Vorbild des Pariser Klimaabkommens dar.
4. Die deutschen Haushaltsmittel für die internationale Klimafinanzierung müssen auf mindestens acht Milliarden Euro pro Jahr bis 2025 gesteigert werden und Deutschland muss sich für die schnelle Erreichung des 100-Milliarden-Ziels einsetzen.
5. Es ist essenziell, dass die Bundesregierung sich verpflichtet, neue ergänzende Finanzierungszusagen für den Umgang mit Schäden und Verlusten festzusetzen. Ferner muss die Einrichtung eines Finanzierungsmechanismus im Rahmen der UNFCCC erfolgen.
6. Alle Staaten müssen Menschenrechte respektieren und ausreichende Beteiligungsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft ermöglichen.